

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt

Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 24.02.2006, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, - e -
Christine
Herr Stadtrat Biver, Nico
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte
Frau Müller-Wickenhöfer, Johanna
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich - e -
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.
Marlis
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz - e -
Herr Aab, Peter
Herr Acker, Matthias
Herr Becker, Reinhold
Frau Brahms, Karin
Herr Chatzievgeniou, Pandelis
Frau Daser, Dagmar
Herr Hussein, Schaker
Herr Kemmler, Jan - e -
Frau Lotz-Halilovic, Erika
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,
Heinrich
Herr Meyer, Uwe
Herr Dr. Musket, Ralf
Frau Schlüter-Böhm, Julia - e -
Frau Schröter, Roxane
Frau Schulze-Stampe, Ursula
Frau Seelig, Johanna - e -
Frau Sell, Sonja
Herr Severin, Ulrich
Herr Weidemann, Gerald
Frau Wölk, Marianne
Frau Dersch, Christine
Frau Gottschlich, Hannelore
Herr Heck, Hermann
Herr Heubel, Christian
Frau Kaufmann, Anita
Herr Kissel, Winfried
Herr Lohse, Ingo
Frau Mehnert, Ute
Frau Oppermann, Anne
Frau Dr. Pötter, Claudia
Herr Rehlich, Jürgen
Frau Rising Hintz, Gunilla

Frau Röhrkohl, Anni
Frau Schaffner, Karin
Herr Scherer, August
Herr Usinger, Alexander
Herr Dr. Wulff, Reimer
Frau Dr. Baumann, Petra
Herr Flohrschütz, Rainer
Herr Göttling, Dietmar
Herr Keller, Manfred
Frau Laßmann, Alev
Herr Markus, Jürgen
Frau Neuwohner, Elke
Frau Perabo, Dr. Christa
Herr Schäfer, Wolfram
Frau Dr. Therre-Staal, Elke - e -
Frau Darabos, Alexandra - e -
Frau Kolter, Astrid
Herr Köster-Sollwedel, Henning
Herr Metz, Peter
Herr Faecks, Fridhelm
Herr Schwindack, Frédéric
Herr Zaun, Herbert
Frau Müller-Wickenhöfer, Johanna
Frau Schwebel, Gerlinde
Herr Wüst, Wilfried
Herr Dr. Huesmann, Gregor
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17.13 Uhr und begrüßte alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Januar 2006 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Niederschrift wird somit in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass für die heutige Tagesordnung folgende Dringlichkeitsanträge vorgelegt wurden:

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Geschäfte in der Lingelgasse

Der Stadtverordnete Lohse (CDU) begründet die Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister. Anschließend ändert die CDU-Fraktion den Beschlusstext und zwar soll hinter dem Wort „aufgefordert“ eingefügt werden „möglichst“.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung abstimmen. Nachdem alle Stadtverordneten der Aufnahme in die Tagesordnung zugestimmt haben, wird der Antrag als TOP 5.1 in die Tagesordnung eingefügt.

Die Vorlage liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. zusätzliche ÖPNV-Verbindungen zur WM nach Frankfurt

Der Antrag wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen alle Stadtverordneten die Aufnahme der Vorlage in die Tagesordnung. Der Stadtverordnetenvorsteher wird diese dringliche Vorlage als TOP 5.2 aufrufen.

Auch dieser Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr. Bordell

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet zur Sachlage. Zur Zeit tagt der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Akteneinsichtsausschuss in der Bordell-Angelegenheit. Die Fraktionen haben daher vereinbart, zunächst keine weiteren Anträge in dieser Sache zu beraten, um die Arbeit des Akteneinsichtsausschusses nicht zu belasten bzw. vorweg zu nehmen. Es empfiehlt sich daher, zunächst im Ältestenrat eine Klärung herbeizuführen, wie mit dem vorgelegten Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion weiter verfahren werden soll.

Für die CDU-Fraktion erklärt der Stadtverordnete Dr. Wulff, der Antrag solle in das parlamentarische Verfahren gegeben werden, weil neue Sachverhalte aufgetreten sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 17.40 Uhr und beruft den Ältestenrat zur Klärung der Angelegenheit ein.

Nachdem der Ältestenrat getagt hat, wird die Sitzung um 18.10 Uhr fortgesetzt. Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass es zu diesem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zunächst eine Erklärung des Oberbürgermeisters geben wird. Für den Magistrat spricht somit der Oberbürgermeister.

Nach den Ausführungen wird der dringliche Antrag nicht weiter besprochen, sondern als erledigt angesehen.

Auch diese Vorlage liegt der Niederschrift als Anlage bei.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachewünsche bekannt und geht auf die zurückgestellten Vorlagen ein. Der Stadtverordnetenvorsteher führt weiterhin aus:

Die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist die letzte Sitzung in der laufenden Legislaturperiode. Alle aus Zeitgründen nicht abschließend behandelten Anträge verfallen und können nicht in die neue Legislaturperiode übernommen werden. Falls dies dennoch von den Fraktionen gewünscht wird, müssen die Vorlagen neu vorgelegt werden.

Die ausgedruckte Tagesordnung wird im übrigen genehmigt.

zu 4 **Fragestunde**

zu 4.1 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Gregor Huesmann (Nr. 1 2/2006) Vorlage: VO/0173/2006**

Das privatisierte Klinikum ist im Handelsregister in Gießen eingetragen, dort befindet sich auch der Hauptsitz des Unternehmens. Ist dem Magistrat bewusst, dass evtl. anfallende Gewerbesteuer vom Rhön-Klinikum an die

Stadt Gießen zu entrichten ist und Marburg unberücksichtigt bleibt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist durchaus nichts Ungewöhnliches, dass ein Unternehmen einen Hauptsitz hat und mehrere Betriebsstätten unterhält. Gewerbesteuerrechtlich handelt es sich dabei um einen sogenannten Zerlegungsfall.

Das Gewerbesteuergesetz sagt dazu:

Sind im Erhebungszeitraum Betriebsstätten zur Ausübung des Gewerbes in mehreren Gemeinden unterhalten worden, so ist der Steuermaßbetrag in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Anteile (Zerlegungsanteile) zu zerlegen.

Und weiter:

Zerlegungsmaßstab ist das Verhältnis, in dem die Summe der Arbeitslöhne, die an die bei allen Betriebsstätten beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt worden sind, zu den Arbeitslöhnen steht, die an die bei den Betriebsstätten der einzelnen Gemeinden beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt worden sind.

Das heißt im Klartext, dass nach dem zitierten Zerlegungsmaßstab genau der Steuermaßbetragsanteil - und damit letztlich der Gewerbesteueranteil - nach Marburg geleitet würde, der Marburg zusteht.

Da zudem der Gewerbesteuer-Hebesatz in Gießen bei 420 % liegt, in Marburg aber nur bei 400 %, ist auch nicht zu befürchten, dass das Unternehmen ein gesteigertes Interesse daran haben wird, möglichst viel in Gießen zu versteuern.

Wir haben in Marburg zahlreiche Zerlegungsfälle. Das Klinikum ist einfach nur ein weiterer Fall.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Huesmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Gregor Huesmann (Nr. 2 2/2006) Vorlage: VO/0174/2006

Wie entwickelt sich die wirtschaftliche Situation der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH? Wie hoch ist der Gewinn resp. Verlust laut BWA des Monats Dezember für das Jahr 2005?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Der Betriebsübergang konnte erfolgreich vollzogen werden; es gab von den Beschäftigten keine Widersprüche gegen den Betriebsübergang. Die Vereinbarungen im Personalüberleitungsvertrag zur Senkung der Personalkosten zeigten positive Wirkung.

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2005 zeigte zeitweilig deutliche Ertragseinbußen aufgrund geringerer Auslastung der Langzeit- und Kurzzeitpflegesätze als geplant. Auslastungsprobleme verzeichneten sich insbesondere im Altenzentrum St. Jakob. Diese Ertragseinbußen konnten zum

Teil auf der Seite der Aufwendungen ausgeglichen werden durch Steuerung variabler Kosten. Ende 2005 sowie in 2006 konnte eine deutliche Steigerung der Erträge durch eine höhere Auslastung verzeichnet werden.

Eines der Hauptrisiken des wirtschaftlichen Erfolgs ist der hohe Mietzins, der zur Kostendeckung der Immobilienkosten an die Stiftung St. Jakob für die Altenhilfeimmobilie zu entrichten ist.

Der vorläufige Jahresabschluss 2005 wird - vorbehaltlich erforderlicher Rückstellungen - auf rund 6.117,- € Verlust beziffert.

zu **4.3** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ursula Schulze-Stampe (Nr. 3 2/2006)**
Vorlage: VO/0175/2006

Werden Schulräume einzelner Schulen der Stadt Marburg an gemeinnützige Vereine vermietet, wie oft, an welche Vereine und wie hoch sind die evtl. Einnahmen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Ja, Schulräume Marburger Schulen werden an gemeinnützige Vereine vermietet, beispielsweise an den Marburger Stenografenverein 1887 e. V., das "Deutsche Youth for Understanding Komitee e. V." oder die "Musikschule Marburg e. V."

Hierbei gibt es vereinzelte und wiederkehrende Überlassungen.

Schulräume werden jedoch auch an Vereine überlassen, deren Gemeinnützigkeit nicht anerkannt bzw. nachgewiesen wurde.

Die Regularien und Gebührensätze hierzu sind in der Benutzungsordnung für die Überlassung von Schulanlagen der Universitätsstadt Marburg" geregelt. Darüber hinaus wurden in der Benutzerordnung auch die Kriterien für eine evtl. Gebührenbefreiung bzw. -ermäßigung festgelegt.

Von Innungen und Kammern fordern wir zur Durchführung der notwendigen Zwischen- und Abschlussprüfungen in den Beruflichen Schulen lediglich den in der Ordnung festgelegten Stundensatz als Tagessatz (ca. 8 - 31 €).

Insgesamt wurden im Jahr 2005 durch die Überlassung von Schulräumen ca. 6.250 € eingenommen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) wird ebenfalls durch die Stadträtin beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 4 2/2006)**
Vorlage: VO/0170/2006

Ist der Magistrat bereit, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, das im Westen Marburgs gelegene traumhaft schöne „Europa-Bad“ unter Denkmalschutz zu stellen? Damit würde unabhängig von der Eigentümerschaft das Areal erhalten bleiben.

Es antwortet der Bürgermeister:

Das Europa-Bad steht nicht unter Denkmalschutz.

Der Magistrat als Untere Denkmalschutzbehörde schätzt die Gebäudearchitektur zwar als durchaus ästhetisch ein. Allerdings wird die künstlerische, wissenschaftliche, geschichtliche oder städtebauliche Bedeutung des Bauwerks nicht so eingeordnet, dass eine Einstufung als Kulturdenkmal angemessen erscheint.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (Marburger Linke) und Wüst (F.D.P.) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.5 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 5 2/2006)**
Vorlage: VO/0176/2006

Mit meiner letzten Anfrage der Legislaturperiode möchte ich wissen, wie viele Anfragen gestellt worden sind und wer Weltmeister im Anfrage ist/war?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Über die Zahl und Verteilung der Kleinen Anfragen innerhalb der Legislaturperiode wird keine Statistik geführt.

Um die Antworten zu ermitteln, müssten alle Protokolle der Legislaturperiode ausgewertet werden. Dafür stehen uns z. Z. keine Personalkapazitäten zur Verfügung.

Im übrigen liegen die Protokolle dem Fragesteller vor.

Der Oberbürgermeister merkt jedoch an, dass sich der Stadtverordnete Keller vermutlich in der Spitzengruppe aller Fragesteller befindet.

zu 4.6 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 6 2/2006)**
Vorlage: VO/0120/2006

Wie beurteilt der Magistrat den peinlichen Auftritt von Herrn Radestock beim diesjährigen Neujahrsempfang?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Jeder, der ein Fest veranstaltet oder Gastgeber ist, weiß und hat dies sicher auch schon einmal erlebt, dass manches nicht so verläuft, wie er es sich vorgestellt, gewünscht und erhofft hat.

Meine Lehre daraus wird sicher nicht sein, Peter Radestock mit Schimpf und Häme zu überziehen oder kritische Anmerkungen, die ich auch habe, ständig zu wiederholen.

Ich schaue nach vorne gemäß dem Motto: „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“.

Darüberhinaus bin ich der Auffassung, dass Peter Radesstock trotz eines verpatzten Auftritts ein hervorragender Schauspieler ist (Stichwort: König Lear).

Und ich bin mir sicher, dass der Magistrat ebenso denkt.

Ab 18.30 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin

Schulze-Stampe (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 4.7 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr. 7 2/2006)**
Vorlage: VO/0118/2006

Mit welcher Gage ist Peter Radestock für seinen Auftritt beim Neujahrsempfang bedacht worden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Auftritte im Rahmen der Neujahrsempfänge sind für die darbietenden Künstler eine Ehre. Honorar wird infolge dessen nicht gezahlt.

Peter Radestock hat für seinen Auftritt beim diesjährigen Neujahrsempfang ebenfalls kein Honorar erhalten.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Rehlich (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.8 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 8 2/2006)**
Vorlage: VO/0121/2006

Welche Lehren zieht zukünftig der Magistrat aus den nachvollziehbaren negativen Reaktionen des Publikums und der hiesigen Presse zum peinlichen Auftritt von Herrn Radestock?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Jeder, der ein Fest veranstaltet oder Gastgeber ist, weiß und hat dies sicher auch schon einmal erlebt, dass manches nicht so verläuft, wie er es sich vorgestellt, gewünscht und erhofft hat.

Meine Lehre daraus wird sicher nicht sein, Peter Radestock mit Schimpf und Häme zu überziehen oder kritische Anmerkungen, die ich auch habe, ständig zu wiederholen.

Ich schaue nach vorne gemäß dem Motto: „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“.

Darüberhinaus bin ich der Auffassung, dass Peter Radesstock trotz eines verpatzten Auftritts ein hervorragender Schauspieler ist (Stichwort: König Lear).

Und ich bin mir sicher, dass der Magistrat ebenso denkt.

zu 4.9 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ingo Lohse (Nr. 9 2/2006)**
Vorlage: VO/0122/2006

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, wer das Programm des Neujahrsempfangs 2006 zusammengestellt hat und für die Art der Beiträge verantwortlich zeichnet?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Programm ist ein Teil des Neujahrsempfangs. Die musikalischen Darbietungen sowie meine Ansprache sind feste Größen. Dafür bedarf es keiner Programmplanung. Verantwortlich bin letztendlich immer ich als Oberbürgermeister.

Chor und Orchester des Gymnasium Philippinum waren ausgezeichnet. Auswahl und Darbietung der Musikstücke waren exzellent. Trotz des verpatzten Einzelstückes war es ein gutes Programm.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Lohse (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alev Laßmann (Nr. 10 2/2006)**
Vorlage: VO/0126/2006

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob es eine Statistik bezüglich der Auslastung der Buslinie Sohlgraben - Blaue Straße (Cappel) an Wochentagen und am Wochenende gibt und wie hoch die Lärmbelastung z.B. in der Reinhardswaldstraße ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit wird keine Verkehrszählung auf der Verlängerung der Linie 3 bzw. A2 durchgeführt, da die Linie erst im November das Neubaugebiet aufgrund der Eröffnung der ÖPNV-Straße Sohlgraben - Odenwaldstraße erreichen konnte. Der politische Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist damit umgesetzt worden. Lärmmessungen sind in der Reinhardswaldstraße von Seiten der Stadtwerke nicht vorgenommen worden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Laßmann (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Alev Laßmann (Nr. 11 2/2006)**
Vorlage: VO/0127/2006

Welche Bedarfsermittlung liegt für den beabsichtigten Einsatz der Abendlinie vor?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wir gehen davon aus, dass die Fragestellerin die zeitliche Verlängerung der Abendlinie A2 nach 20 Uhr in das Neubaugebiet in Cappel meint. Eine Bedarfsermittlung ist nicht vorgenommen worden, da die Stadtwerke Marburg derzeit nicht beabsichtigen, die Bedienungszeiten der Abendlinie A2 im genannten Gebiet auszuweiten.

zu **4.12** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 12 2/2006)**
Vorlage: VO/0177/2006

Welches Ergebnis hat die - von der CDU-Fraktion initiierte - kommunalaufsichtliche Überprüfung des Verkaufs des DBM-Geländes an die Praxis gGmbH ergeben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Regierungspräsidium Gießen hat mit Schreiben v. 30. Januar d.J. die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Bürgerschaft der Stadt Marburg

i.H.v. 1,3 Mio. EUR zugunsten der Praxis gGmbH zur Finanzierung des Erwerbs der bisherigen städtischen Liegenschaft Gisselbergerstr. 33 genehmigt. In der Anlage zu dieser Genehmigungsverfügung hat das Regierungspräsidium Gießen dem Magistrat die Durchschrift eines Schreibens an die Stadtverordnetenfraktion der CDU Marburg zur Kenntnis gegeben, in dem die Anfrage von Stadtverordneten der CDU-Fraktion über die Rechtmäßigkeit der Veräußerung des genannten Grundstücks beantwortet wird.

Danach kommt die Kommunalaufsicht zu dem Ergebnis, dass nach den Ausführungen des Magistrats „der erzielte Kaufpreis noch deutlich über dem realistischen Marktpreis liege und eine angemessene Folgenutzung erreicht werde.“ Weiter wird in dem Schreiben ausgeführt: „Anhaltspunkte für eine ungerechtfertigte Veräußerung der Liegenschaft unter dem vollen Wertansatz kann ich den Ausführungen der Stadt unter Heranziehung der vorgelegten Unterlagen nicht entnehmen. Das öffentliche Interesse wird hinlänglich dargelegt. Daher ist auch die im Zuge der beabsichtigten Veräußerung von der Stadt eingegangene Bürgschaftsverpflichtung zwecks günstiger Finanzierung des Kaufpreises sowie vorgesehener Umbauarbeiten von mir nicht zu beanstanden und wie beantragt zu genehmigen. Risiken, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt bei einer möglichen Inanspruchnahme erheblich beeinträchtigen könnten, sind nicht erkennbar.“

Das stadtentwicklungs- und sozialpolitische Handeln der Stadt Marburg bedarf hingegen keiner aufsichtsbehördlichen Erörterung, solange nicht einschneidende negative Konsequenzen für die Haushalts- und Wirtschaftsführung zu befürchten sind.“ (Ende des Zitats).

Im Ergebnis bestätigen also die Ausführungen des Regierungspräsidiums Gießen, dass die Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zur Veräußerung der Gisselbergerstr. 33 an die Praxis gGmbH rechtmäßig erfolgt sind und keinerlei Grundlage für eine aufsichtsbehördliche Beanstandung bilden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD), Hussein (SPD) und Ludwig (MBL) werden durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr. 13 2/2006)
Vorlage: VO/0147/2006**

Kann der Magistrat Auskunft geben über die Nutzung der 2004 errichteten Jugendhütte der Hansenhausgemeinde?

Es antwortet der Bürgermeister:

Seit September 2003 ist der Jugendpavillon Hansenhaus für die Jugendlichen aus dem Stadtteil geöffnet.

Die offizielle Einweihung des Hauses wurde am 28. Okt. 2003 mit Politikerinnen und Politikern, mit den vielen Helferinnen und Helfern der Hansenhausgemeinde und den Jugendlichen zusammen gefeiert.

Seit mehr als 2 Jahren ist der Pavillon für die außerschulische offene Jugendarbeit in Betrieb. Die pädagogische Betreuung der Gruppe wird von einem studentischen Mitarbeiter der Jugendförderung durchgeführt - die Öffnungszeiten sind dienstags von 18 - 21 Uhr.

Konzeptionell war vorgesehen, dass den älteren Jugendlichen allmählich eine zusätzliche Öffnungszeit in Eigenverantwortung übertragen werden sollte. Im letzten Jahr war jedoch zu beobachten, dass sich die älteren Jugendlichen ab ca. 16 Jahren mehr zu Aktivitäten in der Kernstadt hin bewegen und das Interesse am Jugendpavillon verloren hatten. Diese Jugendlichen sind nach und nach weggeblieben, aber es sind auch wieder einige neue Jugendliche zu der aktuellen Clique dazu gestoßen. Die Altersspanne bewegt sich von 13 - 16 Jahren.

Bei den wöchentlichen Treffs steht im Vordergrund:

- Hausaufgaben besprechen u. Unterstützung geben
- Im Sommer Sportspiele im Freien
- In der kühlen Jahreszeit > Gesellschaftsspiele
- Musik hören
- Gespräche
- Auseinandersetzung mit Cliquen-Problemen (Freundschaften, Vorurteile, Vorbehalte gegenüber neuen Jugendlichen)
- In den letzten Wochen steht der Workshop „Rappen für Anfänger“ im Vordergrund der Aktivität

Bemerkenswert ist es, dass die Jugendlichen jetzt in den kalten Monaten weiterhin regelmäßig zu den Treffs kommen, obwohl die Innentemperatur im Jugendpavillon sehr niedrig ist. Das zeigt die starke Verbundenheit der Besucherinnen und Besucher mit ihrem Treffpunkt im Stadtteil.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster (Marburger Linke), Schwebel (F.D.P.) und Dr. Musket (SPD) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.14** **Frage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 14 2/2006)**
Vorlage: VO/0119/2006

Wie interpretiert der Magistrat die Aussage des Herrn Oberbürgermeisters Vaupel beim Neujahrsempfang, die Stadt Marburg würde im laufenden Haushaltsjahr mehr Geld für die Reinigung der Straßen bereitstellen, obwohl im Haushaltsansatz 2006 eine Reduzierung gegenüber 2005 nicht zu übersehen ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Fragesteller verwechselt den Haushaltsposten Straßenreinigung mit dem Projekt „Saubere Innenstadt“.
Mit dem Haushalt 2006 wurde das Sonderprojekt „Saubere Innenstadt“, ausgestattet mit 47.000 Euro, aufgelegt.

Ich bin aber gern bereit, weitere Erläuterungen zum Haushalt zu geben.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heck (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 18.40 Uhr übernimmt wieder der Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 4.15 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 15 2/2006)**
Vorlage: VO/0124/2006

Wie haben sich die Zahlen im Haushaltsansatz der Haushaltstelle 6750 / 5430 00 Straßenreinigung von 2001 bis 2006 entwickelt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Ansätze der Haushaltstelle 6750/5430 "Straßenreinigung" haben sich von 2001 bis 2006 wie folgt entwickelt:

2001	2002	2003	2004	2005	2006
1.012051	965.469	920.469	922.000	870.000	830.000

Die Ist-Ergebnisse zeigen folgendes Bild:

2001	2002	2003	2004	2005	2006
1.012.051	965.469	920.469	845.166	947.004	noch offen

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heck wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen (sie war verkürzt gem. Vereinbarung im Ältestenrat auf 30 Minuten). Die restlichen Fragen Nr. 16 bis Nr. 27 werden schriftlich beantwortet. Die Antwortschreiben liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 5 **Dringlichkeitsanträge**

zu 5.1 **Dringlicher Antrag der CDU-Fraktion betr.: Geschäfte in der Lingelgasse**
Vorlage: VO/0159/2006

Die Stadtverordnetenversammlung einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass den Geschäften in der Lingelgasse (Copladen, Fahrradtrail) ein unbehinderter Kundenzugang aus beiden Richtungen der Straße gewährleistet wird.

zu 5.2 **Dringlicher Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr.**
Zusätzliche ÖPNV-Verbindungen zur WM nach Frankfurt
Vorlage: VO/0160/2006

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass während der Fußballweltmeisterschaft zusätzliche Zugverbindungen zwischen Marburg

und Frankfurt eingerichtet werden, die es den zahlreichen Besuchern der WM-Veranstaltungen aus dem Raum Marburg ermöglichen, die überwiegend abends angebotenen Kultur- und Sportveranstaltungen auch bis zu Ende besuchen zu können. Der Zugverkehr sollte mit zusätzlichen Angeboten bis 2 Uhr nachts ausgeweitet werden.

**zu 6 Wirtschaftsplan 2006 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0679/2005**

Der Tagesordnungspunkt 6 wird zusammen aufgerufen mit den Tagesordnungspunkten 7 betr. Wirtschaftsplan 2006 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH, 8 betr. Wirtschaftsplan 2006 der Marburger Service GmbH und 9 betr. Feststellung des Jahresabschlusses 29094 der Stiftung St. Jakob.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, wurde im Ältestenrat vereinbart, zu den Tagesordnungspunkten 6 bis 9 die Aussprache zu verbinden.

Für den Magistrat spricht zunächst Stadträtin Dr. Weinbach. Weiterhin sprechen aus dem Hause die Stadtverordneten Heubel (CDU), Acker (SPD) und Metz (Marburger Linke).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Tagesordnungspunkt 6 abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Gegenstimmen aus der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der beigefügte Wirtschaftsplan 2006 der Stiftung St. Jakob wird beschlossen.

**zu 7 Wirtschaftsplan 2006 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH
Vorlage: VO/0680/2005**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnete Becker (SPD). Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Stadtverordnete Acker (SPD) den Antrag gestellt, den Wirtschaftsplan dahingehend zu verändern, dass im Wirtschaftsjahr 2006 keine Verschuldung eintreten soll. Dies bedeutet, dass die im Wirtschaftsplan ausgewiesene Unterdeckung in Höhe von 48.380 € durch Einsparungen z. B. bei den Investitionen kompensiert werden soll.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung der so geänderten Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach. aus dem Hause sprechen die Stadtverordneten Heubel (CDU), Acker (SPD) und Metz (Marburger Linke).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD; Bündnis 90/Die Grünen, BfM und F.D.P. sowie bei Nein-Stimmen aus CDU und Marburger Linke und bei Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem beigefügten Wirtschaftsplan 2006 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH in der geänderten Fassung zu.

**zu 8 Wirtschaftsplan 2006 der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/0681/2005**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach. Aus dem Hause sprechen die Stadtverordneten Heubel (CDU); Acker (SPD) und Metz (Marburger Linke).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BfM und F.D.P. und bei Nein-Stimmen aus CDU und Marburger Linke sowie bei Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Stadtverordnetenversammlung beschließt den beigefügten Wirtschaftsplan 2006 der Marburger Service GmbH.

**zu 9 Feststellung des Jahresabschlusses 2004 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0014/2006**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt wird zusammen mit den Tagesordnungspunkte 6, 7 und 8 durchgeführt. Für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach. Aus dem Hause sprechen die Stadtverordneten Heubel (CDU), Acker (SPD) und Metz (Marburger Linke).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2004 wird auf der Grundlage des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH mit einer Bilanzsumme i.H.v. 9.330.639,81 EUR festgestellt. Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag i.H.v. 53.364,66 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

**zu 10 Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch (BauGB)
Verzicht auf die Anlegung von Gehwegen
Vorlage: VO/0019/2006**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Auf die Anlegung von herkömmlichen beiderseitigen Gehwegen wird für die Erschließungsanlage „Richard-Hamann-Weg“ in der Kernstadt zum Zwecke der Abrechnung verzichtet.

Der Abweichungsbeschluss ist durch "Amtliche Bekanntmachung" in der Oberhessischen Presse und der Marburger Neuen Zeitung zu veröffentlichen.

**zu 11 Alternative Nutzungspläne für die Liegenschaft des DBM in der Ockershäuser Allee
Vorlage: VO/0020/2006**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Vor der Beschlussfassung über eine alternative Nutzung des Geländes des DBM in der Ockershäuser Allee muss ein Infrastrukturkonzept aus Sicht des DBM erstellt und dem Magistrat vorgelegt werden, welches folgende Prämissen und Rahmenbedingungen berücksichtigt:

- **die Ausbildung in den gärtnerischen Berufen ist sicherzustellen,**
- **die Unterbringung der friedhofsnahe eingesetzten Kolonnen im Bereich des Hauptfriedhofes ist aus organisatorischer Sicht notwendig und**
- **für die übrigen Pflege- und Spezialkolonnen ist eine alternative Infrastrukturlösung zu entwickeln.**

**zu 12 Bauleitplanung der Stadt Marburg;
Änderungsbeschluss für die Flächennutzungsplanänderung Nr. 5/7 'Ockershäuser Allee/Habichtstalgaße' und Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 5/13, 'Ockershäuser Allee/Habichtstalgaße' der Stadt Marburg**

Vorlage: VO/0040/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird:

1. die Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 5/7 „Ockershäuser Allee/Habichtstalgasse“ der Stadt Marburg, und
2. die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 5/13 „Ockershäuser Allee/Habichtstalgasse“ der Stadt Marburg gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

zu 13

Behindertenbeirat

Hier: Wahl eines Fraktionsmitglieds der CDU-Fraktion

Vorlage: VO/0061/2006

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage beraten. Aus dem Behindertenbeirat ist die Stadtverordnete Dersch (CDU) ausgeschieden. Als Nachfolgerin hat die Fraktion die Stadtverordnete Ute Mehnert benannt.

Weitere Wahlvorschläge wurden nicht vorgetragen.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, gemäß dem Wahlvorschlag die Wahl durchzuführen. Geheime Abstimmung wurde nicht beantragt.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird die schriftliche Abstimmung nicht gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnete Ute Mehnert wird als Fraktionsmitglied der CDU in den Behindertenbeirat entsandt.

zu 14

Besetzung des Ortsgerichtes Marburg V (Cyriaxweimar, Dilschhausen, Einhausen, Haddamshausen, Hermershausen, Wehrshausen)

Vorlage: VO/0089/2006

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in der heutigen Sitzung beraten. Neben den in der Vorlage bereits aufgeführten Kandidatenvorschlägen Hans Walter Pfeiffer und Willi Becker sind keine weiteren Wahlvorschläge vorgetragen worden.

Zur Vereinfachung des Verfahrens empfiehlt der Wahlvorbereitungsausschuss die Wahl offen durch Handzeichen durchzuführen. Schriftliche und geheime Wahl wurde nicht beantragt.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung werden keine weiteren Wahlvorschläge vorgelegt. Schriftliche Wahl wird nicht beantragt. Somit lässt der Stadtverordnetenvorsteher alternativ abstimmen. Der Wahlvorschlag der CDU-Fraktion Hans Walter Pfeiffer wird unterstützt durch die Stadtverordneten der CDU, der Wahlvorschlag Willi Becker wird unterstützt durch die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P., BfM, Marburger Linke und MBL.

Damit hat die Stadtverordnetenversammlung folgende Entscheidung getroffen:

Für das Ortsgericht Marburg V (Cyriaxweimar, Dilschhausen, Einhausen, Haddamshausen, Hermershausen, Wehrshausen) wird Herr Willi Becker, wh. Am Kuhweg 8, 35041 Marburg-Hermershausen zum Ortsgerichtsschöffen und zugleich stellvertretendem Ortsgerichtsvorsteher gewählt.

**zu 15 Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, MBL
und des Magistrats betr. Umbenennung des Wilhelmsplatzes in Hanno-
Drechsler-Platz
Vorlage: VO/0137/2006**

Zur Vorlage spricht der Stadtverordnetenvorsteher im Namen des gesamten Hauses. Er begrüßt zunächst Frau Gisela Drechsler, die als Zuhörerin an der heutigen Sitzung teilnimmt. Weiterhin erinnert der Stadtverordnetenvorsteher nochmals an die umfangreichen Verdienste von Oberbürgermeister und Ehrenbürger Dr. Hanno Drechsler, die zu dem heutigen Ehrungsbeschluss geführt haben. Weiterhin berichtet er auch aus der Sitzung des Ältestenrates, in der vereinbart wurde, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Aussprache durchzuführen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst anschließend bei 4 Gegenstimmen aus den Fraktionen BfM, F.D.P. und MBL und bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Anlässlich des 75. Geburtstages des früheren
Oberbürgermeisters und Ehrenbürgers Dr. Hanno
Drechsler beschließen Magistrat und
Stadtverordnetenversammlung:**

Der Wilhelmsplatz wird in

Hanno-Drechsler-Platz

umbenannt.

**Die Ehrung soll zum 02.06.2006, dem Tag der Wahl zum
Oberbürgermeister in 1970, vorgenommen werden.**

Anschließend trägt der Stadtverordnete Dr. Huesmann (MBL) eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten bei diesem Tagesordnungspunkt vor.

zu 16 Anträge der Fraktionen

**zu 16.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Programm für Kinder
Vorlage: VO/0065/2005**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Die Vorlage wurde mehrfach im Sozialausschuss beraten und zurückgestellt, bis der im Sozialausschuss zugesagte Bericht vorgelegt wird. Da der Bericht immer noch aussteht, sollte heute über die Vorlage abgestimmt werden. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschlich (CDU), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Dersch (fraktionslos) und erneut Gottschlich (CDU). Für den Magistrat spricht der Bürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, BfM, F.D.P. und MBL und bei Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 16.2 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Protokolle des Denkmalbeirats und des Beirats für Stadtgestaltung**
Vorlage: VO/0650/2005

Die Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss Liegenschaften beraten. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage abzulehnen.

Die Stadtverordneten fasst mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU gegen die übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 16.3 **Antrag der B90/Die Grünen/SPD-Fraktionen betr. Sanierung der Marburger Straße in Cappel**
Vorlage: VO/0654/2005

Die Vorlage wurde von der Stadtverordnetenversammlung in der Januarsitzung 2006 zurückgestellt, um noch einem Dialog mit Ortsbeirat Cappel zu führen.

Der Antrag wird weiterhin zurückgestellt.

zu 16.4 **Antrag der Fraktionen SPD/Bündnis 90/Die Grünen betr. Einführung einer Bambini-Jugendfeuerwehr**
Vorlage: VO/0012/2006

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es wurde vorgeschlagen, die Vorlage an den Jugendhilfeausschuss und an den Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen zu überweisen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

zu 16.5 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Denkmalbeirat**
Vorlage: VO/0021/2006

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Haupt –und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Protokolle über die Sitzungen des Denkmalbeirates werden allen Mitgliedern des Ausschuss für Bau, Planung u. Liegenschaften zeitgerecht, zur besseren Information für die Beschlussfassung zugestellt.

zu 16.6 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Biogene Kraftstoffe**
Vorlage: VO/0028/2006

Der Antrag ist im Umweltausschuss beraten worden. Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben den Antrag textlich verändert. Der Beschluss soll nunmehr wie folgt lauten:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich weiterhin bei den verschiedenen zuständigen Stellen (Bundesministerien, Abgeordneten, u. a.) dafür einzusetzen, dass biogene Reinkraftstoffe bis auf weiteres von der Mineralölsteuer befreit bleiben.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Fassung des Antrages abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich weiterhin bei den verschiedenen zuständigen Stellen (Bundesministerien, Abgeordneten, u. a.) dafür einzusetzen, dass biogene Reinkraftstoffe bis auf weiteres von der Mineralölsteuer befreit bleiben.

zu 16.7 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Jobtickets**
Vorlage: VO/0029/2006

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **16.8** **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Solare Baupflicht**
Vorlage: VO/0030/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Im Umweltausschuss haben die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Änderungsantrag formuliert:

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sommerpause einen Vorschlag zu unterbreiten, wie für die Zukunft sichergestellt werden kann, dass solare Energiegewinnung Eingang in die Planung von Wohnbauvorhaben und gewerbliche Bauvorhaben finden kann. Fernern sollen effektive Regelungen vorgeschlagen werden, die auch bei Renovierung und Instandsetzung solare Energiegewinnung und den Einsatz nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung einbeziehen.

Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme dieses geänderten Antragstextes. Der ursprüngliche Antrag der Fraktion Marburger Linke wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Im Bau- und Planungsausschuss wurde ebenfalls über die geänderte Antragsfassung, so wie im Umweltausschuss beschlossen, abgestimmt. Die Änderung wurde der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfohlen. Der Ursprungsantrag der Fraktion Marburger Linke wurde abgelehnt. Aussprache wurde angemeldet.

In der Stadtverordnetenversammlung wird auf die Durchführung der Debatte verzichtet, so dass der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über die geänderte Fassung des Antrages abstimmen lässt. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU und der Marburger Linken mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sommerpause einen Vorschlag zu unterbreiten, wie für die Zukunft sichergestellt werden kann, dass solare Energiegewinnung Eingang in die Planung von Wohnbauvorhaben und gewerbliche Bauvorhaben finden kann. Fernern sollen effektive Regelungen vorgeschlagen werden, die auch bei Renovierung und Instandsetzung solare Energiegewinnung und den Einsatz nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung einbeziehen.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den ursprünglichen Antrag der Marburger Linken abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag in der ursprünglichen Fassung wird abgelehnt.

zu **16.9** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung eines internationalen Hilfsfonds**
Vorlage: VO/0066/2006

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und von der

antragstellenden Fraktion für erledigt erklärt.

zu **16.10** **Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Landschaftspflegekonzept im Rahmenplan Ockershausen**
Vorlage: VO/0087/2006

Der Antrag ist im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Er wurde in beiden Ausschüssen zurückgestellt mit dem Hinweis, die Angelegenheit im Ortsbeirat Ockershausen zu beraten.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **16.11** **Antrag der BFM-Fraktion betr. Anbringung eines beleuchteten Stadt- und Orientierungsplans für Marburg am Oberstadtaufzug gegenüber dem Sorat Hotel**
Vorlage: VO/0091/2006

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Beschlusstenor der Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss wie folgt abgeändert worden:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, im Bereich des Oberstadtaufzugs gegenüber dem Sorat-Hotel (Best Western) eine gut lesbare und bei Dunkelheit beleuchtete Stadtplan- und Orientierungstafel für das Kernstadtgebiet Marburg aufstellen zu lassen.

In dieser Antragsfassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung. Die Vorlage wurde in dieser geänderten Fassung auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Auch dieser Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dem geänderten Beschlussvorschlag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, im Bereich des Oberstadtaufzugs gegenüber dem Sorat-Hotel (Best Western) eine gut lesbare und bei Dunkelheit beleuchtete Stadtplan- und Orientierungstafel für das Kernstadtgebiet Marburg aufstellen zu lassen.

zu **16.12** **Antrag der BFM-Fraktion betr. Mittelhessen als Wissenschafts- und Forschungsregion**
Vorlage: VO/0092/2006

Für den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Faecks (BfM). Der Antrag ist im Ausschuss wie folgt umformuliert worden:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg appelliert an den Hessischen Landtag und die Hessische Landesregierung, landesentwicklungspolitisch alle notwendigen Voraussetzungen dafür zu

schaffen, dass bei der künftig wegfallenden Bundesförderung das Land Hessen diese Mittel kompensiert, um insbesondere der Philipps-Universität Marburg die Infrastruktur für die Gewährleistung ihrer Forschung auf dem bisher hohen Standard zu sichern.

In dieser geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss hat sich dem Votum des Ausschusses für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu der geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg appelliert an den Hessischen Landtag und die Hessische Landesregierung, landesentwicklungspolitisch alle notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bei der künftig wegfallenden Bundesförderung das Land Hessen diese Mittel kompensiert, um insbesondere der Philipps-Universität Marburg die Infrastruktur für die Gewährleistung ihrer Forschung auf dem bisher hohen Standard zu sichern.

zu 16.13 **Antrag der BFM-Fraktion betr. Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Philipps-Universität und Universitätsstadt Marburg**
Vorlage: VO/0093/2006

Für den Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Faecks (BfM). Der Antrag wurde ausführlich beraten und leicht verändert. Der Begriff „Konzept“ wird ersetzt durch „Handlungsplattform“. In dieser geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Haupt –und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Beschlussformulierung aus dem Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in Abstimmung mit den zuständigen Gremien und Organen der Marburger Philipps-Universität eine Handlungsplattform zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung und Beschlussfassung vorzulegen, dessen Gegenstand die Institutionalisierung und Verstetigung der Zusammenarbeit zwischen Universitätsstadt Marburg und Philipps-Universität ist.

zu 16.14 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Eingeschränkter Winterdienst**
Vorlage: VO/0094/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss ausführlich beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU.-Fraktion und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

- zu 16.15 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Ausweitung des Bus-Shuttle-Verkehrs**
Vorlage: VO/0095/2006

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss von der Fraktion Marburger Linke zurückgezogen worden.

- zu 16.16 **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Kommunale Altenplanung**
Vorlage: VO/0098/2006

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag wurde im Sozialausschuss einstimmig angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine „Kommunale Altenplanung“ in der 2. Jahreshälfte vorzulegen. Dieses Konzept soll das gesamte Spektrum des Älterwerdens einbeziehen, von den neuen Lebens- und Verantwortungsstrukturen der älteren Menschen, über andere Wohnformen, bis hin zu Fragen der Gesundheitsversorgung und der Pflege. Bei der Entwicklung des Konzepts sollen im Bereich der Altenarbeit Tätige einbezogen werden, z.B. der Seniorenbeirat, die Freiwilligenagentur, die Seniorenuniversität, die Marburger Altenhilfe St. Jakob u.a.

- zu 16.17 **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Verbesserung der Wegebeziehung zwischen den beiden Standorten der Schule für Praktisch Bildbare**
Vorlage: VO/0100/2006

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser (SPD). Der Antrag wird vom Schul- und Kulturausschuss zur Annahme empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, die Wegebeziehung zwischen den beiden Standorten der Schule für Praktisch Bildbare so zu verbessern, dass der Schulalltag für Lehrer/innen und Schüler/innen problemloser und durch mehr Austausch zwischen den Standorten

gestaltet werden kann.

In die Planungen sind neben dem Schulpersonal, die Eltern und soweit möglich die Schüler/innen mit einzubeziehen.

zu **16.18** **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Gastschulbeiträge**
Vorlage: VO/0101/2006

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung für eine Erhöhung der Gastschulbeiträge und für eine Offenlegung der Grundlagen für eine Berechnung der Beiträge einzusetzen.

zu **16.19** **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Ausbau Ganztagsangebote an den Marburger Schulen**
Vorlage: VO/0102/2006

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linke und bei einer Gegenstimme aus der F.D.P. sowie Enthaltungen der F.D.P., BfM und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, bei der Hessischen Landesregierung die Zuweisung weiterer LehrerInnenstellen für den Ausbau der Ganztagsangebote in Marburg in den nächsten Jahren einzufordern. Dabei soll auch der Ausbau bereits bestehender Angebote ermöglicht werden.

zu **16.20** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrsspiegel**
Vorlage: VO/0103/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss in einen Prüfantrag umgewandelt worden. Er hat jetzt folgenden Text:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, einen Verkehrsspiegel gegenüber der Einmündung Franz-Tuczek-Weg/Frauenbergstraße anzubringen.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Auch dort wurde er in einen Prüfantrag umgewandelt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, einen Verkehrsspiegel gegenüber der Einmündung Franz-Tuczek-Weg/Frauenbergstraße anzubringen.

zu **16.21** **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Kampagne zur Ächtung ausbeuterischer Kinderarbeit**
Vorlage: VO/0109/2006

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Beratung sprechen der Stadtverordnete Wüst (F.D.P.), Oberbürgermeister Vaupel, Bürgermeister Dr. Kahle sowie die Stadtverordneten Schwindack (BfM), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) und Gottschlich (CDU).

Die Fraktionen der F.D.P. und der BfM sind dem Antrag beigetreten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen der Stadt Marburg und ihrer Tochtergesellschaften finden künftig nur noch Produkte Berücksichtigung,

a) die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 hergestellt wurden

oder

b) deren Hersteller oder Verkäufer nachweislich aktive und zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben.

Um 20.20 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Laßmann (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.

zu **16.22** **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Ökostrom**
Vorlage: VO/0110/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag. Hier wurde ebenfalls die Aussprache angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Musket (SPD), Dr. Wulff (CDU), Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Markus (Bündnis 90/Die Grünen) und für den Magistrat Bürgermeister Dr. Kahle. Nach der Aussprache

beantragt der Stadtverordnete Heck (CDU) den Wortbeitrag der Stadtverordneten Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen) worin es um Mehrkosten in Höhe von 18.000 € für die Stadt Marburg ging abzuschreiben und dem Protokoll beizufügen. Ferner wird aus dem Hause gewünscht, das betreffende Angebot der Stadtwerke Marburg über die Stromlieferung dem Protokoll beizufügen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Gegenstimmen der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

- a) ab dem 1. Juli 2006 für alle städtischen Einrichtungen einschließlich Kindergärten und Schulen nur noch Strom zu beziehen, der aus regenerativer Erzeugung stammt und**
- b) darauf hinzuwirken, dass die Eigenstromerzeugung durch die Stadtwerke Marburg so bald wie möglich auf über 10 % erhöht wird und unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um die Nutzung regenerativer Energien in Marburg weiterhin massiv zu steigern und**
- c) darauf hinzuwirken, dass auch die städtischen Tochterunternehmen bei dem Strombezug auf Öko-Strom umsteigen.**

Um 20.47 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

Der Stadtverordnetenvorsteher erinnert um 21.10 Uhr daran, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, die Aussprachen um 21 Uhr zu beenden. In Anbetracht der noch ausstehenden zahlreichen Abstimmungen sollte wie vereinbart verfahren werden.

**zu 16.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Unterstützung der Studierenden des Wohnheims Collegium Gentium
Vorlage: VO/0111/2006**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Vorlage abzulehnen.

Zu dem Antrag legt der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut vor:

Das Stadtparlament fordert den Magistrat auf, gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Collegium Gentium und dem Stiftungsvorstand nach einer Lösung zu suchen, dass das internationale Wohnheim im Sinne des Stiftungszweckes weitergeführt werden kann. Hierfür soll insbesondere geprüft werden, ob – ggf. in Zusammenarbeit mit der GeWoBau – zu vertretbaren Bedingungen ein Objekt zur Verfügung gestellt werden kann. Weiterhin wird der Magistrat beauftragt, im Rahmen der Gespräche Möglichkeiten zu sondieren, den Bewohnerinnen und Bewohnern des Collegium Gentium übergangsweise Ersatzwohnraum anzubieten.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über die Vorlage in der geänderten

Fassung abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Das Stadtparlament fordert den Magistrat auf, gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Collegium Gentium und dem Stiftungsvorstand nach einer Lösung zu suchen, dass das internationale Wohnheim im Sinne des Stiftungszweckes weitergeführt werden kann. Hierfür soll insbesondere geprüft werden, ob – ggf. in Zusammenarbeit mit der GeWoBau – zu vertretbaren Bedingungen ein Objekt zur Verfügung gestellt werden kann. Weiterhin wird der Magistrat beauftragt, im Rahmen der Gespräche Möglichkeiten zu sondieren, den Bewohnerinnen und Bewohnern des Collegium Gentium übergangsweise Ersatzwohnraum anzubieten.

zu **16.24** **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung der Sperrung der Barfüßerstraße für den Autoverkehr an Samstagen**
Vorlage: VO/0112/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss nicht abschließend beraten, sondern zurückgestellt worden.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Auch im Bau- und Planungsausschuss wurde die Vorlage von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt.

Somit stellt auch die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zurück. Eine Abstimmung erübrigt sich.

zu **16.25** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Freiwilligen Polizeidienst**
Vorlage: VO/0116/2006

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (CDU). Die F.D.P. hat im Haupt- und Finanzausschuss folgende Änderung vorgeschlagen:

Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Land Hessen in Verhandlung zu treten, um den Freiwilligen Polizeidienst auf Kosten des Landes wieder einzurichten.

Dieser Änderungsantrag wurde jedoch im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnt.

Weiterhin empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung der ursprünglichen Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen aus CDU, F.D.P. und BfM und Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke sowie bei Enthaltung der MBL folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu **16.26** **Antrag der FDP-Fraktion betr. AST-Haltestelle Diakoniekrankenhaus**

Vorlage: VO/0117/2006

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass die Vorlage vom Haupt- und Finanzausschuss an den Umweltausschuss überwiesen wurde. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **16.27** **Antrag der FDP-Fraktion betr. Erhalt des Marburger Literaturpreises**
Vorlage: VO/0138/2006

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser (SPD). Im Schul- und Kulturausschuss wurde ein gemeinsamer Änderungsantrag aller Fraktionen vorgetragen:

Die Stadtverordnetenversammlung drückt ihr Bedauern darüber aus, dass der Magistrat und der Kreisausschuss den Marburger Literaturpreis offensichtlich nicht mehr ausschreiben wollen und fordert den Magistrat auf, den Stadtverordneten die Gründe für diese mögliche Entscheidung zu erläutern.

In dieser Fassung wurde Antrag zur Annahme empfohlen.

Die Vorlage wurde auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Der Ausschuss hat sich dem Votum des Schul- und Kulturausschusses angeschlossen.

Für den Magistrat spricht in dieser Angelegenheit Stadträtin Dr. Weinbach als zuständige Dezernentin. Es wird vereinbart, die Ausführungen der Dezernentin dieser Niederschrift als Anlage beizulegen.

Damit wird der Antrag als erledigt betrachtet. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **17** **Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

zu **17.1** **Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Pflege von Fahrradwegen in Marburg**
Vorlage: VO/0129/2006

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der Vorlage des Kinder- und Jugendparlaments.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Pflege und Unterhaltung der Radwege in und um Marburg soll im Sommer wie im Winter gewährleistet sein.

zu 18 **Kenntnisnahmen**

zu 18.1 **Ergebnisse von Schadstoffhebungen in verschiedenen Grundschulen**
Vorlage: VO/0008/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 18.2 **Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2006 von 90.000 Euro**
hier: Hst. 1300/9401 'Erneuerungen an Feuerwehrhäusern'
Vorlage: VO/0055/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 18.3 **Umfeldgestaltung Elisabethkirche**
Vorlage: VO/0105/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 18.4 **Bund-Länder-Programm 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf -**
die soziale Stadt'
- Zuwendungsbescheid Programmjahr 2005

Vorlage: VO/0135/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 18.5 **Außerplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2006**
hier: 0201/7091 'Internationaler Hilfsfonds'
Vorlage: VO/0108/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 18.6 **Standsicherheit von städtischen Gebäuden**
Vorlage: VO/0084/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 18.7 **Einführung des Energiesparprämiensystems für Dienstgebäude,**
Feuerwehrhäuser und Kindergärten
Vorlage: VO/0142/2006

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung abgehandelt. Der Stadtverordnetenvorsteher erteilt den Stadtverordneten Kolter (Marburger Linke), Faecks (BfM) und Köster (Marburger Linke) das Wort zum Vortrag einer persönlichen Erklärung.

Anschließend zieht der Stadtverordnetenvorsteher ein Resümee über den Ablauf der Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Die Sitzung wird um 22. Uhr geschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Vorsitzende/r
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle